

Nachkriegszeit Gebäude und Scheunen auf die Grenze gebaut. Dort, gerade in den Ortskernen, die Sie angesprochen haben, ist Wohnraum nicht schaffbar. Der Bürokratie-Beauftragte könnte hier ganz schnell handeln:

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man müsste die Baunutzungsverordnung und das Baugesetzbuch nur entsprechend ändern. Dann braucht man niemanden außerhalb Bayerns zu fragen; das ist eine Bayerische Bauordnung; die Angelegenheit ist in der Obersten Baubehörde regelbar. Hier könnten wir vorankommen und Wohnraum in den Ortskernen schaffen.

Wir, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, haben Ihnen in den letzten Jahren ganz klar vorgeschlagen, die Ortskerne zu revitalisieren; dann brauchen wir nicht nach draußen auf die grüne Wiese zu gehen. Den jungen Leuten fehlt Wohnraum in den Ortskernen, in den Gemeinden. Da geht es nicht nur darum, immer in die Metropolregionen zu schießen; es geht auch darum, in die 2.000-Einwohner-Gemeinde zu schauen. Dort ist der Ortskern zu revitalisieren. Mit ordentlichen Sanierungs- und Abschreibungsmöglichkeiten würden wir die Ortskerne beleben: Die Jugend kommt zurück; die Senioren leben in kleineren Wohnungen, wenn barrierefrei gebaut wurde, in Wohnungen in der Ortsmitte, die generationenübergreifend genutzt werden können. Das belebt den Ortskern und stärkt die Gemeinde. Diese Politik haben Sie über Jahre hinweg liegen gelassen; Sie haben dem Thema keine Aufmerksamkeit geschenkt. Das zeigt, dass Sie die Verantwortung für den Wohnungsbau in Bayern nicht übernommen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Hinsichtlich der steuerlichen Möglichkeiten haben wir Ihnen immer wieder vorgehalten, dass die Grunderwerbsteuer eine bayerische Angelegenheit ist. Bei einem Invest von 500.000 und einer Grunderwerbsteuer in Höhe von 3,5 % verdient der Staat 17.500 Euro mit. So ein Betrag ist für eine Wohnung hier in München keine Seltenheit, das ist auch in Nürnberg keine Seltenheit für eine Wohnung. Auch auf dem Land draußen ist das viel Geld, und der Staat muss sich an einem solchen Kaufvorgang nicht bereichern. Wer ernsthaft will, dass Wohnraum in Eigentum überführt wird, muss die Grunderwerbsteuer abschaffen, Kolleginnen und Kollegen, muss den Eigentümern mit gewissen Freigrenzen entgegenkommen. Das ist für die Familien, die Wohneigentum erwerben, wichtig. Wenn wir schon europaweit die niedrigste Wohneigentumsquote haben, müssen wir doch

darauf den Fokus legen und das als einen Schritt zur Altersvorsorge und zur Generationengerechtigkeit sehen. Hier müssen wir ansetzen; solche steuerlichen Elemente gehören abgeschafft.

Ich verweise darauf, dass der Bundesinnenminister das Bauen zu seinem eigenen Thema gemacht hat. Er hat dafür gesorgt, dass die Zuständigkeit für das Bauen bei ihm liegt. Aber schauen Sie doch die Regierungserklärung im Bundestag an: Keine drei Zeilen ist ihm das Bauen wert. Ganz andere Dinge geistern durch die Medien. Dabei ist Bauen Sozialpolitik – die macht er nicht, anderes aber schon. Der Bundesinnenminister, der dem Bauen so wenig Aufmerksamkeit schenkt, kommt aus Ihrer Partei, aus Ihrem Parteivorstand, Sie sitzen mit ihm zusammen. Ich würde erwarten, dass er auf Bundesebene letztendlich die Dinge, die hier in Bayern besprochen werden, mit Kraft anschiebt. Das tut er aber nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Weiteres kann ich Ihnen nicht ersparen, nachdem Sie hier sagen: Wir werden jetzt in Zukunft in Bayern den Wohnungsbau anschieben, wir werden sozialen Wohnungsbau betreiben. Sie haben den Kommunen nicht die Chance gegeben, die GBW-Wohnungen zu erwerben. Damit haben Sie 70.000 Mieterinnen und Mieter vor den Kopf gestoßen; Sie haben über 30.000 Wohnungen letztlich dem Markt preisgegeben. Da brauchen Sie jetzt nicht nach Sozialbindungen zu schreien; damit haben Sie diese Wohnungen dem Markt übergeben, nicht dem sozialen Wohnungsbau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wer möchte, dass der Staat letztendlich mehr Verantwortung übernimmt, fragt: Was ist denn mit der IMBY, was ist mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben? Wo sind denn deren Angebote, eigene bayerische Liegenschaften möglichst schnell in Wohnbau zu überführen? – Da passiert gar nichts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dabei will ich es bewenden lassen. Das waren einige Auszüge aus dem, was Sie während der letzten zehn Jahre nicht getan haben. Wir werden Sie an dem messen, was in den nächsten zehn Jahren passiert. Ich sage Ihnen: Bis zum Herbst wird Ankündigungspolitik deutlich zu wenig sein. Bauen braucht kraftvolle Politik. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in der Debatte fortfahren, darf ich auf unserer Ehrentribüne Gäste aus der

Schweiz begrüßen, eine Delegation des Kantonsrats St. Gallen. Sie wird von Herrn Walter Locher, dem Präsidenten der Rechtskommission des Kantonsrats, geleitet. Die Delegation hat bereits die Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech besucht und wird im Anschluss im Justizpalast durch die Ausstellung "Weiße Rose" geführt. Ich heiße Sie sehr, sehr herzlich willkommen und wünsche Ihnen weiterhin einen sehr informativen und guten Aufenthalt bei uns hier in Bayern, natürlich auch hier im Bayerischen Landtag und in der Landeshauptstadt München. Seien Sie uns herzlich willkommen; alles Gute für Sie und für Ihre wichtige Aufgabe.

(Allgemeiner Beifall)

Nun darf ich in der Rednerliste fortfahren. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Herr Kollege Mistol. Bitte schön, Herr Kollege.

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, in der Überschrift Ihres Antrags fehlt ein kleines, aber entscheidendes Wort, nämlich das Wort "sozial".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen endlich mehr sozialen Wohnungsbau in Bayern. Wir brauchen endlich mehr erschwinglichen Mietwohnungsbau. Ministerpräsident Söder spricht gern in Superlativen. Aber von einem Schneller, Höher und Weiter sind wir beim Wohnungsbau noch meilenweit entfernt. 500.000 Wohnungen hat der Ministerpräsident bis 2025 angekündigt. Das ist zwar eine Hausnummer, aber leider keine neue. Frau Aigner, Ihr Vorgänger hat davon gesprochen, dass wir in Bayern jährlich 70.000 Wohnungen bräuchten. Wenn ich diese Zahl bis zum Jahr 2025 mal sieben nehme, kommt nichts anderes heraus als das, was Herr Söder als "wichtige Zielmarke" angepriesen hat. Das ist also nichts anderes als alter Wein in einem neuen Schlauch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die 70.000 Wohnungen, die wir jedes Jahr bräuchten, haben Sie in der Vergangenheit nie erreicht. Waren es 2016 rund 54.000 Wohnungen, sind es 2017 immerhin 61.000 Wohnungen. Das Tal der Tränen ist damit jedoch in Bayern noch lange nicht durchschritten. Wir bräuchten in Bayern endlich eine verlässliche Förderpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle unterstreiche ich noch einmal die Forderungen, die der Verband der Wohnungswirtschaft

kürzlich erhoben hat. Die Fördermittelkontinuität brauchen wir langfristig, nicht über einen oder zwei Haushalte hinweg. Von Verlässlichkeit ist hier keine Spur. Stattdessen hat sich die staatliche Wohnraumförderung im Freistaat auf die Devise beschränkt: einen Schritt nach vorn, zwei Schritte zurück. Leider sehe ich keine Anzeichen dafür, dass sich dies in der Substanz ändert.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesmittel im Jahr 2017 auf ein Allzeittief von 87 Millionen Euro gefallen sind. Das war ein fatales Signal für den Wohnungsbau. Das wird Ihnen in den nächsten zwei Jahren noch auf die Füße fallen; denn es werden weniger bezahlbare Wohnungen fertiggestellt, als wenn man es anders gemacht hätte.

Kolleginnen und Kollegen, erfreulich ist, dass Sie das Kommunale Wohnraumförderungsprogramm garantiert bis 2025 fortführen wollen. Dennoch fehlt mir ein klares Bekenntnis zum Wohnungspakt insgesamt, vor allem zur dritten Säule, der klassischen Wohnraumförderung. Gerade die kommunalen, die genossenschaftlichen und die kirchlichen Wohnungsunternehmen brauchen endlich Planungssicherheit. Der Verband der Wohnungswirtschaft hat noch einmal darauf hingewiesen, wie wichtig das ist. Laut dem Bayerischen Rundfunk haben Sie darauf geantwortet: Ich bin ziemlich sicher, dass bei der Notwendigkeit von Wohnungsbau hier die Mittel mit Sicherheit zur Verfügung gestellt werden. – Sie haben gesagt, Sie seien sich ziemlich sicher.

(Staatsministerin Ilse Aigner: Gesetzgeber!)

Sie haben aber nicht gesagt, dass das so kommen wird. Frau Ministerin, Sie haben hier die Mehrheit. Die CSU könnte sich dazu bekennen, die Fördermittel auch weiterhin auf einem hohen Niveau fortführen zu wollen. Darauf habe ich schon in mehreren Reden hingewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Eberhard Rotter (CSU): Das machen wir auch!)

Kolleginnen und Kollegen, viel wichtiger als bezahlbare Wohnungen ist Ihnen leider die Eigenheimförderung. Aus unserer Sicht ist das der falsche Ansatz. Diese Maßnahme hilft gerade dort nicht, wo bezahlbarer Wohnraum am häufigsten fehlt, nämlich in und um die größeren Städte. Dort sind die Immobilienpreise so hoch, dass die staatlichen Zuschüsse – Sie sprechen von 40.000 Euro – für die meisten Menschen nicht ausreichen werden, um Wohneigentum zu erwerben. Das gilt gerade für diejenigen, die Sie angesprochen haben, für den Streifenpolizisten, für die Krankenschwester und für die Verkäuferin. Diese